

Antrag

des Abg. Florian Wahl u. a. SPD

und

Stellungnahme

des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration

Situation von Fibromyalgie-Betroffenen in Baden-Württemberg

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,

1. wie viele Menschen in Baden-Württemberg eine gesicherte Fibromyalgie-Diagnose haben;
2. wie Fibromyalgie-Betroffene in Baden-Württemberg in der Regel versorgt werden und wie die Landesregierung die Versorgungslage bewertet;
3. inwiefern es in Baden-Württemberg bisher eine fachärztliche Versorgungsstruktur gibt, die zur Diagnostik und Behandlung der Erkrankten in der Lage ist;
4. wie viele Ärztinnen und Ärzte in Baden-Württemberg in den Jahren 2020 bis 2025 im Rahmen der Zusatzweiterbildung „Spezielle Schmerztherapie“ und der Weiterbildung zum Facharzt bzw. zur Fachärztin für Innere Medizin und Rheumatologie der Landesärztekammer Baden-Württemberg tiefergehende Kenntnisse zur Fibromyalgie erworben haben;
5. wo sich in Baden-Württemberg Selbsthilfegruppen zum Thema Fibromyalgie gegründet haben und wie sie diese aktuell und zukünftig unterstützt;
6. welche Forschungsprojekte es an den Forschungseinrichtungen des Landes zu Fibromyalgie gibt;
7. wie sie den Stand der Forschung an den Forschungseinrichtungen des Landes zu Fibromyalgie beurteilt und inwiefern es Bestrebungen gibt, diese Forschung auszubauen;

8. mit welchen gegenwärtigen und künftigen Maßnahmen sie zur Informationsvermittlung zu Fibromyalgie für Bürgerinnen und Bürger beiträgt bzw. beizutragen gedenkt.

31.10.2025

Wahl, Dr. Kliche-Behnke,
Kenner, Rivoir, Rolland SPD

Begründung

Fibromyalgie ist eine chronische Schmerzerkrankung, von der Schätzungen zu folge rund 2,1 Prozent der Bevölkerung in Deutschland betroffen sind. Um ein realistisches Bild der Situation in Baden-Württemberg zu erhalten und gezielte Verbesserungen der medizinischen Versorgung zu ermöglichen, soll dieser Antrag die aktuelle Lage von Fibromyalgie-Betroffenen im Land näher beleuchten.

Stellungnahme

Mit Schreiben vom 26. November 2025 Nr. 54-0141.5-017/9773 nimmt das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration im Einvernehmen mit dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,*

- 1. wie viele Menschen in Baden-Württemberg eine gesicherte Fibromyalgie-Diagnose haben;*

Zu 1.:

Dem Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration liegen keine Daten zu gesicherten Fibromyalgie-Diagnosen vor, da eine allgemeine Morbiditätsstatistik von der amtlichen Statistik in Deutschland nicht erhoben wird.

Eine repräsentative Studie aus dem Jahr 2012 gibt die Prävalenz der Fibromyalgie in der deutschen Bevölkerung mit 2,1 Prozent an (Quelle: Wolfe F, Brähler E, Hinz A, Häuser W. Fibromyalgia prevalence, somatic symptom reporting, and the dimensionality of polysymptomatic distress: results from a survey of the general population. Arthritis Care Res [Hoboken]. 2013 May; 65[5]:777-85. doi: 10.1002/acr.21931. PMID: 23424058).

- 2. wie Fibromyalgie-Betroffene in Baden-Württemberg in der Regel versorgt werden und wie die Landesregierung die Versorgungslage bewertet;*
- 3. inwiefern es in Baden-Württemberg bisher eine fachärztliche Versorgungsstruktur gibt, die zur Diagnostik und Behandlung der Erkrankten in der Lage ist;*

Zu 2. und 3.:

Die Ziffern 2 und 3 werden aufgrund ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Beim Fibromyalgie-Syndrom (FMS) ist aufgrund der vielfältigen Beschwerden eine inter- und multidisziplinäre Behandlung von Ärztinnen und Ärzten, Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten sowie Physiotherapeutinnen und Physio-

therapeuten notwendig. Das Therapiekonzept konzentriert sich dabei vor allem auf eine symptomatische Behandlung im Rahmen einer multi-modalen Schmerztherapie.

Der Versorgungsweg erfolgt in der Regel über die Hausärztin oder den Hausarzt, die bzw. der mit verschiedenen Fachärztinnen und Fachärzten zusammenarbeitet. Das sind in der Regel Rheumatologinnen und Rheumatologen (Internistinnen/ Internisten oder Orthopädinnen/Orthopäden mit der Zusatzbezeichnung Rheumatologie) sowie Spezialistinnen und Spezialisten für Schmerztherapie. Je nach Krankheitsbild können zusätzlich auch Neurologinnen und Neurologen in die Behandlung eingebunden werden, da das Fibromyalgie-Syndrom auch neurologische Anteile aufweisen kann. Haus- und Fachärztinnen und -ärzte sowie Physio- und Psychotherapeutinnen und -therapeuten verfügen durch ihre Aus-, Fort- und Weiterbildung über entsprechende diagnostische und therapeutische Fachkompetenz. Gemäß der gestaffelten Versorgung sind im Falle einer komplexeren FMS-Erkrankung im Krankenhausbereich hauptsächlich der psychosomatische, der rheumato-logische und der schmerzmedizinische Versorgungsbereich für die Diagnosesicherung zuständig.

Die Baden-Württembergische Krankenhausgesellschaft BWKG e. V. teil mit, dass im Jahr 2023 insgesamt 1 878 Patientinnen und Patienten (abgerechnete Fälle) mit der Hauptdiagnose Fibromyalgie (ICD-10-GM: M79.7- bzw. M79.70 Fibromyalgie) in 41 baden-württembergischen Krankenhäusern behandelt wurden. Die Spannweite der pro Krankenhaus behandelten Patientinnen und Patienten lag zwischen 1 und 939 Fällen. Im Mittel wurden 46 Fälle je Krankenhaus behandelt. Insgesamt wurden 97 % der Fälle in 11 Krankenhäusern behandelt.

Entsprechende Angaben seitens der Kassenärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg KVBW für den vertragsärztlichen Bereich liegen zum Zeitpunkt der Beantwortung des Antrags nicht vor. Eine konkrete Einschätzung der Versorgungslage ist daher insgesamt nicht möglich.

Anhand des beschriebenen und aufgezeigten Versorgungspfades kann die Versorgung aber grundsätzlich als gesichert eingestuft werden.

4. wie viele Ärztinnen und Ärzte in Baden-Württemberg in den Jahren 2020 bis 2025 im Rahmen der Zusatzweiterbildung „Spezielle Schmerztherapie“ und der Weiterbildung zum Facharzt bzw. zur Fachärztin für Innere Medizin und Rheumatologie der Landesärztekammer Baden-Württemberg tiefergehende Kenntnisse zur Fibromyalgie erworben haben;

Zu 4.:

Laut Auskunft der Landesärztekammer Baden-Württemberg haben in den Jahren 2020 bis 2024 insgesamt 32 Ärztinnen und Ärzte in Baden-Württemberg die Facharztanerkennung „Innere Medizin und Rheumatologie“ und insgesamt 145 Ärztinnen und Ärzte die Zusatzbezeichnung „Spezielle Schmerztherapie“ erworben.

Für das Jahr 2025 liegen der Landesärztekammer Baden-Württemberg noch keine Zahlen vor.

5. wo sich in Baden-Württemberg Selbsthilfegruppen zum Thema Fibromyalgie gegründet haben und wie sie diese aktuell und zukünftig unterstützt;

Zu 5.:

Das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration führt kein abschließendes Verzeichnis über Selbsthilfegruppen, die sich unmittelbar oder mittelbar mit dem Krankheitsbild Fibromyalgie befassen. Laut Eigendarstellungen der Deutschen Fibromyalgie Vereinigung sowie dem Fibromyalgie Selbsthilfeverband Baden Württemberg e. V. werden in Baden-Württemberg unmittelbar befasste und verbandseingebundene Selbsthilfegruppen in Eppingen, Vaihingen an der Enz, Bad Saulgau, Ditzingen, Heilbronn, Kraichgau, Ludwigsburg, Haigerloch, Möckmühl, Oberndorf, Waiblingen, Crailsheim, Feuchtwangen, Freiburg, Gaildorf, Geislingen Göppingen, Murrhardt, Nürtingen, Pfinztal, Rottenburg, Schwäbisch-

Gmünd, Stuttgart Bad-Cannstatt, Stuttgart-Mitte und Waghäusel gelistet. Darüber hinaus existieren weitere Selbsthilfegruppen, unter anderem in Karlsruhe, Schorndorf sowie Reutlingen/Tübingen. Die Nationale Kontakt- und Informationsstelle für Selbsthilfe (NAKOS) listet zudem „SHG chronischer Schmerz“ als bundesweit tätige, digitale Selbsthilfe zum Thema Fibromyalgie.

Die Aufzählung kann auch vor dem Hintergrund, dass sich viele Selbsthilfegruppen mittelbar mit dem Krankheitsbild befassen, nicht als abschließend betrachtet werden. In Baden-Württemberg gibt es insgesamt aktuell etwa 1 200 bis 2 000 gesundheitsbezogene Selbsthilfegruppen, je nach Zählweise und Definition.

Darüber hinaus sind künftig auch weitere Gründungen von Schmerzselbsthilfegruppen der Vereinigung aktiver Schmerzpatienten in Deutschland „SchmerzLos“ in Baden-Württemberg geplant. Die Mitglieder sind sowohl in Fachgesellschaften (z. B. Deutsche Schmerzgesellschaft e. V.), als auch bei wissenschaftlichen Studien und bei gesundheitspolitischen Fragen aktiv beteiligt. Eine enge Zusammenarbeit mit Schmerzzentren, Haus- und Fachärztinnen und -ärzten sowie Therapeutinnen und Therapeuten findet mit allen Selbsthilfegruppen statt.

Die Erfahrungen und die Kompetenz der Betroffenen in der gesundheitsbezogenen Selbsthilfe sind ein unverzichtbarer Beitrag für eine patientenorientierte Gesundheitsversorgung. Die Selbsthilfegruppen im Gesundheitswesen und deren Landesverbände stellen ein wesentliches Bindeglied zwischen den betroffenen Menschen, den politisch Verantwortlichen, Behörden, Leistungserbringern und wissenschaftlichen Einrichtungen dar. Das Land Baden-Württemberg fördert daher die Arbeit von Selbsthilfegruppen chronisch Kranke und deren Landesverbände durch Zuwendungen. Die Forderungen dienen dem Ziel, unter Einsatz von begrenzten Mitteln wichtige Impulse für die aktive Krankheitsbewältigung von chronisch Kranken zu setzen. Gemäß § 20h SGB V fordern zudem die Krankenkassen und ihre Verbände Selbsthilfegruppen und -organisationen, die sich die gesundheitliche Prävention oder die Rehabilitation von Versicherten zum Ziel gesetzt haben sowie Selbsthilfekontaktstellen.

6. welche Forschungsprojekte es an den Forschungseinrichtungen des Landes zu Fibromyalgie gibt;

7. wie sie den Stand der Forschung an den Forschungseinrichtungen des Landes zu Fibromyalgie beurteilt und inwiefern es Bestrebungen gibt, diese Forschung auszubauen;

Zu 6. und 7.:

Die Ziffern 6 und 7 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst liegt kein abschließender Überblick über alle an den Hochschulen und Forschungseinrichtungen im Land laufenden Forschungsprojekte vor. Alle Standorte der Universitätsmedizin in Baden-Württemberg widmen sich der Erforschung der Ursachen von und der Erprobung neuer Therapien gegen chronische Schmerzen, wie unter anderem dem Fibromyalgie-Syndrom. Schwerpunkte finden sich zum Beispiel am Interdisziplinären Schmerzzentrum des Universitätsklinikums Freiburg und insbesondere auch am Universitätsklinikum Heidelberg. Hier wird zum Beispiel an der Klinik für Allgemeine Innere Medizin und Psychosomatik zur Fibromyalgie geforscht. Und auch der seit 2015 von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderte Sonderforschungsbereich „Von der Nozizeption zum chronischen Schmerz: Struktur-Funktions-Merkmale neuraler Bahnen und deren Reorganisation“ widmet sich sehr erfolgreich und international beachtet dem Thema Schmerz, unter anderem auch der Fibromyalgie.

Das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst fokussiert sein Förderhandeln auf den Aufbau nachhaltiger Forschungsstrukturen als Grundlage für exzellente, international konkurrenzfähige Forschung und Lehre. Für die Unterstützung der Forschung zu einzelnen Erkrankungen hat das Ministerium für

Wissenschaft, Forschung und Kunst daher grundsätzlich keine gesonderten Förderköpfe. Entsprechend gibt es seitens des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst derzeit keine Bestrebungen, die Forschung zu Fibromyalgie im Land auszubauen.

Das vom Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration am Universitätsklinikum Freiburg geförderte Projekt *telaskoop* zur Verbesserung der ambulanten Versorgung von Menschen mit einer Gefährdung zur Schmerzchronifizierung oder bereits bestehenden chronischen Schmerzen richtet sich auch an Fibromyalgie-Betroffene.

8. mit welchen gegenwärtigen und künftigen Maßnahmen sie zur Informationsvermittlung zu Fibromyalgie für Bürgerinnen und Bürger beiträgt bzw. beizutragen gedenkt.

Zu 8.:

Über das Fibromyalgie-Syndrom sind ausreichend öffentlich zugängliche und fundierte Informationen für Bürgerinnen und Bürger verfügbar. Zu verweisen ist dabei insbesondere auf „Gesundheitsinformation.de“ des Instituts für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen (IQWiG), einer fachlich unabhängigen wissenschaftlichen Einrichtung der privaten und gemeinnützigen Stiftung für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen mit dem Ziel, evidenzbasierte Entscheidungen in Gesundheitsfragen zu unterstützen. Mit der Veröffentlichung von „Gesundheitsinformation.de“ erfüllt das IQWiG einen Teil seines gesetzlichen Auftrages zur Aufklärung der Öffentlichkeit in gesundheitlichen Fragen. Die Website richtet sich mit einem breiten Themenpektrum an erkrankte wie gesunde Bürgerinnen und Bürger. Zum Fibromyalgie-Syndrom liegen entsprechende ausführliche Information auf wissenschaftlicher Basis unter <https://www.gesundheitsinformation.de/fibromyalgie.html> vor.

Zudem bieten mehrere gesetzliche Krankenkassen (beispielsweise Fibromyalgie-Syndrom: Therapie | BARMER: <https://www.barmer.de/gesundheit-verstehen/wissen/krankheiten-a-z/fibromyalgie-1141670>; Fibromyalgie – Symptome, Ursachen und Behandlung: https://www.dak.de/dak/gesundheit/erkrankungen/fibromyalgie_144792), und die Deutsche Schmerzgesellschaft e. V. (Fibromyalgie-Syndrom: <https://www.schmerzgesellschaft.de/topnavi/patienteninformationen/schmerzerkrankungen/fibromyalgie-syndrom>) zuverlässige Informationen, sodass ein paralleles Informationsangebot des Landes nicht erforderlich ist.

Die regionalen und überregionalen Schmerzzentren in Baden-Württemberg, rheumatologischen (Reha-)Kliniken und niedergelassene Schmerzmedizinerinnen und Schmerzmediziner führen regelmäßige Veranstaltungen für Patientinnen und Patienten sowie die interessierte Bevölkerung durch, die über chronische Schmerzerkrankungen allgemein und das Fibromyalgie-Syndrom im Speziellen informieren. Zu diesen Veranstaltungen werden Selbsthilfegruppen eingeladen, die sich mit Informationsmaterial an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer wenden können. Die Selbsthilfegruppen ihrerseits (z. B. Fibromyalgie-Selbsthilfeverband Baden-Württemberg e. V. und die Deutsche Fibromyalgie Vereinigung [DFV] e. V., Fibromyalgie-Liga Deutschland e. V., Deutsche Rheuma-Liga) bieten ebenfalls regelmäßige Treffen mit Informations- und Erfahrungsaustausch an.

Lucha

Minister für Soziales,
Gesundheit und Integration